

06. Dezember 1992 - Vor 25 Jahren protestierten 400.000 Menschen in München mit einer Lichterkette gegen den Fremdenhaß.

21. Dezember 1952 - Vor 65 Jahren sendete der Deutsche Fernsehfunke sein erstes Versuchsprogramm aus Berlin-Adlershof.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den Saalekreis

12. Ausgabe / 27. Jahrgang

11. Dezember 2017

Liebe Genossinnen und Genossen.

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Ich möchte euch an dieser Stelle für euren Einsatz im Wahlkampf zur Bundestagswahl danken.

Ich persönlich weiß es zu schätzen, in einem Stadtverband organisiert zu sein, der von Lebendigkeit, Engagement und Einsatzbereitschaft geprägt ist und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Die offene, kulturvoll streitbare Atmosphäre in unserem Stadtverband bringt uns gemeinsam in aller

Vielfältigkeit voran. So soll es auch im nächsten Jahr bleiben.

Wir werden uns mit Themen zu befassen haben, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann, wo man verschiedene Prioritäten setzt. Das werden z. B. das bedingungslose Grundeinkommen, die Themen um Migration und Einwanderung oder auch die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms sein. Gemeinsam wird das und mehr zu diskutieren und zu entwickeln sein. Bei diesen Prozessen ist jede und jeder gefragt und gefordert.

Das Jahr 2018 sollte für unseren Stadtverband eigentlich kein Wahljahr sein. Nun ja.?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche euch noch eine schöne Adventszeit, ein ruhiges Weihnachtsfest im Kreis der Menschen, die ihr liebt und die euch das auch zurückgeben und nicht zuletzt einen wundervollen Jahreswechsel und für das Jahr 2018 Gesundheit, Gesundheit, Freude und Freunde.

Marianne Böttcher, Vorsitzende des Stadtverbandes.



Der Stadtverband Halle (Saale) und der Verein »kommunalpolitisches forum« Sachsen-Anhalt laden herzlich ein.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen bei der Partei DIE LINKE wird uns verschiedene Konzepte vorstellen und wir möchten mit Ihnen die Chancen, die sich für Kommunen und die Menschen ergeben, diskutieren.

Wo?

**Kulturtreff Halle – Neustadt
Am Stadion 6**

Wann?

**22.01.2017
16.30 Uhr**

V.i.S.d.P.: Marianne Böttcher

**Ein bedingungsloses
Grundeinkommen
für alle**

**Chancen und
Risiken für
Kommunen**

kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.



DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Wie sozial ist der Sozialstaat? - Unsere Kinder als Opfer der Landespolitik?

Der Stadtrat von Bad Dürrenberg hat die neue Satzung der Kostenbeiträge für die Kinderbetreuung mit knapper Mehrheit beschlossen. Die Mitteldeutsche Zeitung hat darüber berichtet. Dem vorausgegangen war die Beratung in den Ausschüssen. Auch der Ordnungs- und Sozialausschuss stand vor dem Dilemma, den Bürgern neue Lasten aufzubürden.

Die Begründung der Kämmerin, dass die Kosten seit 3 Jahren nicht neu kalkuliert worden waren, war nachvollziehbar. Dank der positiven Entwicklung der Kinderzahlen in unserer Stadt haben wir heute ca. 100 Kinder mehr in unseren Einrichtungen als noch vor zwei Jahren. Das verursacht natürlich mehr Kosten, bringt aber durch die Elternbeiträge auch mehr Einnahmen. Trotzdem klafft in der Deckung ein Defizit von ca. 176.000 Euro, welches sich die Kommune nun von den Eltern holen will.

Das Defizit hat aber seine Ursache darin, dass das Land seine Zuschüsse nach den Kinderzahlen von vor zwei Jahren zahlt und damit die Kommunen in Vorleistung zwingt. Wir haben deshalb im Ordnungs- und Sozialausschuss angeregt, mit einem offenen Brief an die Landesregierung heranzutreten, um hier eine andere Verfahrensregelung zu treffen.

Zum Ausgleich des Defizits hatte die Verwaltung eine Satzung vorgelegt, die den Eltern bis zu 28 Prozent Mehrkosten pro Monat aufgeladen hätte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: denn die Einrichtungen in Bad Dürrenberg sind brechend voll, laufen durchweg an der absoluten Kapazitätsgrenze. Unser Bürgermeister hat eben in jener Stadtratssitzung den Räten mitgeteilt, dass es eine Zusage zum Neubau einer Kindertagesstätte gibt. Diese braucht man dann vielleicht nicht, wenn Muttis wegen zu hoher Kostenbeiträge lieber nicht mehr arbeiten gehen, weil die Kosten ihren Verdienstaueiner Teilzeitbeschäftigung sowieso „auffressen“.

Als Fraktion DIE LINKE haben wir gegen den Beschluss gestimmt, auch wenn der Kompromiss die Erhöhung der Lasten auf fünf Prozent begrenzt. Natürlich richtet sich das Nein nicht gegen die Stadtverwaltung, denn hier muss sich die Landespolitik bewegen und man kann nur dazu aufrufen, dass sich

Eltern und Elternvertretungen, aber auch die Kommunalpolitiker, lauter als bisher gegenüber der Landesregierung mit ihrem Protest vernehmbar machen! Unsere Kinder und Enkelkinder dürfen nicht Spielball und Opfer starrer Landespolitik sein.

Gunter Kops
BO Bad Dürrenberg

Neumitgliedertreffen im Saalekreis

Am Montag, dem 20. November, fand auf Einladung des Kreisvorstandes das diesjährige Neumitgliedertreffen in Merseburg statt. Knapp zehn Mitglieder der LINKEN im Saalekreis, die im Verlauf der beiden letzten Jahre neu oder wieder in die Partei eingetreten sind, nahmen an dem Treffen teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde versuchten die Vertreter des Kreisvorstandes die Beweggründe für den Eintritt der Neumitglieder in die Partei zu erfahren - welche Erwartungen haben sie an Politik und Parteiarbeit. Ferner versuchten die anwesenden Kreisvorstandsmitglieder den Neulingen die Grundzüge der Parteiarbeit näherzubringen und welche Möglichkeiten sie haben, sich im Parteileben einzubringen. Dabei empfanden alle „Neulinge“ auch die persönliche Betreuung durch den jeweiligen Ortsverband als sehr wichtig. Leider wurden in der Vergangenheit nicht immer alle Neuen gut in die Arbeit vor Ort integriert. Wir hoffen, das klappt in Zukunft besser! Insofern ein kleiner Appell an dieser Stelle an die Ortsverbände.

Etwas später lud der Kreisverband die gekommenen Neumitglieder zum indischen Essen ein. Hierbei erfahren wir, dass drei Mitglieder versuchen wollen, innerhalb der Hochschule Merseburg parteipolitisch aktiv zu werden. Wenn das gelingt, wäre das für den Kreisverband ein immenser Gewinn.

László Müller
Kreisvorstand

Szenische Lesung „Die Frau an seiner Seite“

Am 7. November fand im Merseburger Domgymnasium eine szenische Lesung statt. Im Rahmen des Zeitzeugenprojektes „Fragt heute!“ wurde an diesem Tag über Männerkarrieren, Tatnähe und weibliche Verstrickungen im Nationalsozialismus gelesen.

Belebt wurde das Stück von drei Schauspielerinnen, die sich zu Beginn der Lesung in der großen Aula des Domgymnasiums in der Albrecht-Dürer-Straße unter das Publikum gemischt hatten. Aus drei verschiedenen Ecken des Raumes vernahmen die Zuschauer jeweils einen Monolog, welchen die Schauspielerinnen nacheinander sprachen. Inhaltlich bewegten sich alle in der Rolle der Ehefrau eines Mannes in der ersten Reihe des Regimes: „Mein Mann soll Menschen getötet haben? Nein, das glaube ich nicht! Er ist doch so ein fürsorglicher Familienvater und Ehemann!“ Mit Monologen wie diesem begann die szenische Lesung. Die drei „Ehefrauen“ negierten in ähnlichem Wortlaut, dass sie nicht glauben konnten (oder wollten?), welchen Verbrechen ihre Männer beschuldigt wurden. Nach den Monologen wurde es ruhiger im Saal, die drei Schauspielerinnen nahmen ihre Plätze auf einer Bühne ein und begannen, aus historischen Dokumenten und Aufzeichnungen zu lesen. So erfuhr der Zuhörer zunächst etwas über das Frauenbild im Nationalsozialismus.

Die NSDAP, und vor allem Hitler, machte vor ihrer Machtergreifung 1933 keinen Hehl daraus, dass die Politik allein den Männern vorbehalten war. Die Frau hatte in diesem Weltbild nur eine untergeordnete Rolle, sie wurde gar entmündigt. Das Vorbild dessen lag in der biblischen Schöpfungsgeschichte, in welcher die Frau, Eva, das unterworfenen und dienende Geschlecht war. Der Mann, Adam, hingegen konnte über die Frau bestimmen und war ihr übergeordnet. Als Hitler jedoch 1932 nicht zum Staatsoberhaupt gewählt worden war, nahm man in der Öffentlichkeit Abstand von diesem Frauenbild. Um auch die Frau als Wählerin zu gewinnen, wurde die Frau als Geschlechts- und Arbeitsgenossin des Mannes dargestellt. Jedoch war dies nur ein geschönter Ausdruck dessen, was man der Frau wirklich zugestanden hat. Die Aufgaben von Mann und Frau wurden strikt verteilt. So wurde der Frau die Rolle als Mutter zugeteilt, während der Mann als Versorger und Beschützer der Familie galt. Einer Frau, besonders einer deutschen Frau, war es Hauptaufgabe, möglichst viele Kinder zur Welt zu bringen. Sie sollte damit ihren Beitrag zur Volksgemeinschaft leisten und zur Aus-

breitung der „arischen“ Rasse beitragen. In Wolfgang Schneiders Buch „Frauen unterm Hakenkreuz“ (Hamburg, 2003) liest sich das so: „die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. Dafür sorgt der Mann für die Nahrung und wehrt den Feind ab.“ Zu ihren weiteren Aufgaben gehörte es, sich um die Kinder, die zukünftige Generation der deutschen arischen Rasse, zu sorgen und sie nach nationalsozialistischer Gesinnung aufzuziehen.

In der Zeit zwischen 1931 und 1945 haben 240.000 Frauen einen SS-Mann geheiratet. Betrachtet man die Geschlechterordnung der Nationalsozialisten, fällt es mit schwer zu glauben, dass sich eine Frau freiwillig derart kasteien lässt. Doch sie wurden clever geködert. Im Sommer 1933 wurden Ehestandsdarlehen eingeführt, welche Eheschließungen fördern und zu einem Geburtenanstieg führen sollten. Zeitgleich und mit den Darlehen in unmittelbarem Zusammenhang stehend, führten die Nationalsozialisten das ‚Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit‘ ein. Der Erhalt der Ehestandsdarlehen hing nämlich davon ab, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgaben. Man forderte sie damit auf, keiner Arbeit mehr nachzugehen, sondern sich um die Familie zu kümmern. Als weiterer Anreiz kam hinzu, dass sich die Rückzahlung des Darlehens um 25% je Kind reduzierte. Eine Familie mit vier Kindern musste demzufolge nichts zurückzahlen. Was jedoch ein sicherlich größerer Anreiz war, ist die Anerkennung der Frau und ihre persönliche Aufwertung im Falle einer Heirat mit einem SS-Mann. Herr Himmler nahm sich das Recht heraus, die Partnerwahl seiner Männer (und Frauen) zu begutachten. Die Damen (und auch wenige Herren) wurden vor ihrer Heirat hinsichtlich ihrer politischen Einstellung, ihrer sozialen und rassistischen Herkunft überprüft. So mussten Nachweise über Generationen zurück erbracht werden, ob man reinrassig und erbgene ist. Ab 1937 musste ein Abstammungsnachweis sowie ein amtsärztliches Eheignungszeugnis erbracht werden. Hier wurde bereits kontrolliert, wer später dazu bestimmt war, in die Konzentrationslager zu kommen. Die Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten wurde von ihrem Rassenwahn und den Arien als höchste Rasse bestimmt. Nach diesem Abschnitt musste ich bereits schlucken und es lief mir eiskalt den Rücken herunter. Innerlich formte sich mir der Gedanke, dass manche der ausgesprochenen Worte auch gut in die heutige Zeit passen – eins A

bei der AfD gehört. Wiederholt sich das Ganze jetzt etwa?

Die erste Ehefrau, die in den Kreis der Nationalsozialisten aufgenommen wurde, war Lina Heydrich, Ehefrau von Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes. Über sie hörte ich an diesem Abend viel. In meinem Prospekt zur Veranstaltung steht folgendes: „Wir, Reinhard und ich, sind zufrieden. Er ist froh, dass ich alle häuslichen Probleme von ihm fernhalte. Kommt er abends müde und erschöpft nach Haus, bin ich für ihn da. Den ganzen Tag hat er für andere da zu sein, immer bereit, immer gegenwärtig und immer Entscheidungen, oft sehr schwere Entscheidungen, zu fällen. Dieses kleine Zuhause genießt er.“ (aus: Lina Heydrich „Leben mit einem Kriegsverbrecher“)

Dieses „Zuhause“ war sehr oft in der Nähe des Arbeitsplatzes der Ehemänner. Also im nahen Umfeld der Konzentrationslager. In einem Bericht eines Soldaten der Alliierten las ich im Nachgang an die Lesung, dass „das Lager bereits aus einer kilometerweiten Entfernung zu riechen war. Es roch nach verbranntem Fleisch. Der Gestank kroch in die Sachen, den Mantel, die Hose, die Unterwäsche.“ (aus der Erinnerung) Zieht man in diesem Umfeld seine Kinder groß? Und wollen die Ehefrauen der SS-Funktionäre immer noch behaupten, sie hätten nichts gewusst?

Die Lesung geht weiter.

Ich vernehme mit einem Schauer, dass sich die Familien an den Sachen der Inhaftierten bedient haben. „Sie tragen Sachen von toten Menschen“, schießt es mir durch den Kopf. Wie skrupellos muss man sein? Damit nicht genug. In den Lagern wurden Baracken zur Unterbringung von Wertgegenständen eingerichtet. Das „beschlagmante“, gestohlene Gut der Inhaftierten diente den Familien als Selbstbedienungsladen. Nicht selten waren die Häuser mit den edelsten Möbelstücken ausgestattet, allesamt Raubgüter. Es mussten sogar Baracken aufgebaut werden, um die Vielzahl der Wertsachen unterzubringen. Mit Ekel nehme ich die Sätze auf, „wann kommen denn die nächsten Juden? Mal sehen, was sie mitbringen.“ Die Aula des Domgymnasiums ist bis in die letzte Ecke ruhig. Die anderen Zuhörer lauschen ebenso wie ich den Ausführungen der Schauspielerinnen. Ich denke, auch sie werden diesen Kloß im Hals haben, der einen bitteren Geschmack erzeugt und nicht wegzubekommen ist.

Was war in den Lagern oder deren Umfeld sonst noch so los? In den Häusern der SS-Funktionäre wurden

nicht selten Parties gefeiert. Und dafür wurde aufgefaltet. Während die Menschen in den angrenzenden Baracken verhungert sind, haben es sich die SS-Familien gutgehen lassen. Selbst, als der Mann vom Dienst abberufen wurde, wohnten manche Familien noch monatelang in ihren Häusern am Lager.

1942 wurden durch den SS-Führer Heinrich Himmler sogar Lagerbordelle eingeführt. Diese waren nicht nur für die Deutschen eingerichtet, auch so mancher Häftling wurde mit einem Besuch im Lagerbordell belohnt, wenn es der Steigerung seiner Arbeitsproduktivität förderlich war. Dem deutschen Mann wurde es ja ohnehin erlaubt, seine Sexualität frei auszuleben. Sie galt als Privileg nichtbehinderter, heterosexueller Arier. Neben ihrer Frau durften sie sich eine Geliebte halten. Im Reich wurde die ‚Zweitfrau‘ offen postuliert. So war es einem deutschen Mann seine Pflicht, sein gesundes Erbgut so weit wie möglich zu streuen. Und eine deutsche Frau konnte nichts dagegen unternehmen. Sie hingegen lief Gefahr, wenn sie sich bei einem Seitensprung erwischen ließ, dass sich ihr Mann von ihr trennte. Eine unzüchtige Frau wollte kein Mann haben. Männern war es sowieso vorbehalten, die Ehe, aus heutiger Sicht befremdlichen Dingen, aufzulösen. War seine Frau unfruchtbar oder hegte nicht den Wunsch nach Kindern, durfte er sich von ihr scheiden lassen.

Nach einer Stunde ist die Lesung vorbei und das Publikum ist ergriffen von den Ausführungen. Es klatscht den Schauspielerinnen gehemmt. Die Recherche umfasste ein unglaubliches Sammelsurium an privaten Briefen, Ausführungen und Niederschriften. Wir sind alle bewegt.

Gespräche finden im Anschluss keine statt. Wohl zu groß ist das Trauma aus dem soeben gehört. Ich sehe mich zu meinen Sitznachbarinnen um, Kerstin Eisenreich rechts von mir und Petra Sitte links von mir. Wir sehen uns betrübt an und sind uns einig, dass diese Lesung einen bleibenden Eindruck hinterlassen wird. Kerstin bestätigt meinen Gedanken von vorhin und spricht es aus: „das ist ein A AfD-Sprech.“ Sie hört es fast täglich bei ihrer Arbeit.

Mit einem unwohligen Gefühl fahre ich nach Hause. Ich werde einige Zeit brauchen, bis ich verdauen kann, was ich hier gehört habe. Ich habe wieder ein Stück mehr über den Nationalsozialismus erfahren.

Verstehen kann ich es jedoch nicht.

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Szenische Lesung „Geleakt“ - Aus dem Innenleben der AfD. mit bühnenfrei & friends

Am 20. November lud das Bündnis Merseburg für Vielfalt und Zivilcourage zu einer Szenischen Lesung ein. Thema des Abends waren die Inhalte des im Sommer 2017 an die Öffentlichkeit gelangten WhatsApp Chats der AfD Sachsen-Anhalt. In der Gruppe „AfD Info LSA“ sind ca. 90 Mitglieder gelistet. Darunter auch prominente Vertreter wie Poggenburg, Tillschneider, Kirchner, Pasemann, Roy, Backhaus und Mrosek als Admin. Die Theatergruppe ‚bühnenfrei & friends‘ hat den Originalleak von über 360 Seiten aus dem Zeitraum Februar bis Mai 2017 gelesen und so aufbereitet, dass daraus ein Stück von 45 Min. entstand. Die ausgewählten Passagen sollten dabei den Gesamtinhalt des Leaks exemplarisch darstellen. Es wurde darauf geachtet, dass der Chat so herüberkommt, wie er ist; der Zuhörer/ Zuschauer wurde Zeuge paranoider Kommunikationsprozesse. Außerdem gab der Leak einen Einblick, wie mit Einzelpersonen innerhalb der AfD umgegangen wird, besonders, wenn sie eine eigene Meinung vertreten. Hier wird von oben durchregiert; es gibt eine Führungsfigur, die meinungsbildend agiert und Diskussionen nicht zulässt. Dass die szenische Lesung das politisch Skandalöse darstellt, ist allein dem Gesamtinhalt geschuldet. Es war nicht Ziel der Theatergruppe, Inhalte derart in den Vordergrund zu stellen.

„Patrioten schlafen selten,“ heißt ein Gruß zur Nacht; „ich schaue mir jetzt noch ‚Rambo II – Der Auftrag‘ an“ und versetzt es mit einem Smiley. Die AfD hat einen Auftrag; sie wollen die „Zukunft unserer Kinder positiv beeinflussen“. Dafür ist eine „Machtübernahme“ in allen Bereichen notwendig. „Wir müssen die Medien unterwandern, Chefs und Journalisten überprüfen und volksfeindliche Institutionen verbieten“. Denn die AfD ist mit unserer Regierung, den „Machtausübenden“ in keiner Weise zufrieden. „Sie entscheiden darüber, was Links, Rechts und was Populistisch ist.“ Und die Demokratie bekommt auch noch ihr Fett weg – sie „ist eine der größten Lügen des letzten Jahrhunderts“. „Die Wähler müssen vom alten Trott Abschied nehmen. Bei der Bundestagswahl streben wir an, die drittstärkste Kraft in Deutschland zu werden. Nur so können wir eine ordentliche Position als Opposition einnehmen.“ Und dieser Gedanke kommt nicht von ungefähr. Die AfD bezeichnete die Bundes-

tagswahl als „den Untergang Deutschlands“, wenn sich nichts ändert. An Feiertagen wie dem 1. Mai sollen außerdem Kampagnen gegen die Gewerkschaften starten. Sie reißen Deutschland runter.

„Dönerläden sind zu schließen! Die verticken dort nur Drogen! Wir dürfen nur deutsche Produkte in deutschen Läden kaufen.“ „Und dass Oury Jalloh tot ist – Gott sei Dank, einer weniger! Der war doch ein stadtbekannter Drogendealer!“

Mit der juristischen und ethisch korrekten Beurteilung von Straftaten hat es die AfD auch nicht. So sollen „Todesstrafen für Kindermörder“ eingeführt werden. Und Kinder liegen der AfD besonders am Herzen. So werden sie von der Angst vor der Islamisierung beflügelt. „Wir dürfen unsere eigenen Kinder nicht dem Muselmanenglaube überlassen!“ Was da hilft und bei der AfD gut ankommt, ist Selbstjustiz. „Ich bin übrigens ein guter Schütze und beabsichtige, privat einen Waffenschein zu machen. Wer nicht angreift, kann nicht angegriffen werden.“ „Flinten-Uschi“ habe außerdem die „Bundeswehr verweichlicht“, so heißt es weiter.

Mit Aufrufen wie „Wir verstecken uns nicht“ und „Deutschland den Deutschen“ wird zur Vorbereitung der Bundestagswahl aufgerufen. Aus mancher Ecke kommen Rufe wie „wann wird endlich wieder richtig Politik gemacht? Uns laufen die Wähler zu Tausenden weg.“ Das war übrigens interne Kritik. Denn der Chat beinhaltet nicht nur Hasspredigen, sondern auch Fragen oder eigene Meinungen. Doch die sind unerwünscht. Vor allem, wenn sie von neuen Mitgliedern kommen. Die haben sich ihren Stand innerhalb der Partei noch nicht erarbeitet und dürfen keinen Funken beitragen. Und die Aussage „eine eigene Meinung ist keine Intrige“, macht für Außenstehende deutlich, wie die AfD intern aufgestellt ist. Des Weiteren strotzt der Chat nur von internen Machtproblemchen und dem Wälzen eigener Befindlichkeiten. Hier werden Mitglieder ausgeschlossen oder diffamiert, wenn sie einen anderen Kurs einschlagen wollen als den allgemein genehmigten. Hier ertönt das Wort „Verschwörergruppe“, welches mir zeigt, wie viel Angst die Macht habenden innerhalb der AfD haben, ihre Macht zu verlieren. Von konstruktiven Kommentaren zur Bundestagswahl oder der Kampagne keine Spur.

Es gibt sicher noch einiges zu berichten. Doch ich bezweifle, dass inhaltlich viel mehr herüberkommen würde. Ich finde es erschreckend, wie die AfD ihre Worte wählt und wie sie über Menschen spricht. Vollkommen respektlos! Die AfD hat nicht verstanden, dass es einen Diskurs mit den eigenen Mitgliedern geben muss und man nicht von oben durchdrücken kann, was sich ein Einzelner hat einfallen lassen. Das ist nicht demokratisch. Aber gegen die Demokratie ist die AfD ja ohnehin. Manche Aussprüche machen mir deutlich, wie eine AfD im Falle einer

Regierungsbeteiligung agieren würde. Und das macht mir Angst. Gerade als Frau werde ich mich nicht mundtot machen und mich an den Herd stellen lassen. Ich hoffe, der Einblick in den Chat bleibt eine Utopie. Sollte Berlin sich für eine Koalition entscheiden und Neuwahlen abwenden können, so haben wir vier Jahre „Zeit“ vorzubereiten, dass es eine AfD nicht in eine Regierungsverantwortung schafft. Packen wir es an, vier Jahre sind nicht viel Zeit.

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

DIE LINKE muss Kontroversen in der Sache bearbeiten

Plädoyer für eine politische Auseinandersetzung in den Streitfragen Flüchtlingspolitik, Umgang mit der AfD und Wählermilieus. Ein Gastbeitrag im Neuen Deutschland von Katja Kipping

Mit dem Scheitern der Schwarzen Ampel ist offensichtlich geworden, dass keine der zwei alten Volksparteien ohne die andere eine Mehrheitskoalition bilden kann. Wir erleben also eine offene Situation, der wir uns voll Zuversicht stellen können. Voll Zuversicht auch deshalb, weil unsere Partei das Potential hat, viel größer zu werden und über sich hinauszuwachsen – zu einer linken Friedens- und Gerechtigkeitspartei für alle. Zur ersten Adresse für Abgehängte, Beschäftigte, Kapitalismuskritikerinnen und -kritiker, Weltoffene, linke Sozialdemokratinnen Sozialdemokraten sowie linke Grüne. Dazu müssen wir jedoch unsere Art, Konflikte zu bearbeiten, verändern.

In Zeiten von marktförmig verschlankten Redaktionen verkauft sich jeder Konflikt leichter als Machtkampf denn als inhaltliche Kontroverse [1]. Insofern halten Medien nach solchen Erzählungen Ausschau. Wir aber sollten diesen medialen Theaterdonner nicht bedienen. Ich plädiere vielmehr dafür, dass wir die Kontroversen in der Sache aufmachen, anstatt die Erzählung vom Machtkampf zu bedienen.

Die aktuellen Kontroversen unter uns sind schließlich auch Ausdruck eines Ringens. Wir zerren aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen. Ich meine, dass wir es nur zusammen können. Im Wesentlichen geht es um folgende vier Fragen in der Sache: 1. Wie umgehen mit den Rechten? 2. die Flüchtlingsfrage, 3. die Frage nach dem Charakter der Partei und 4. die Milieufrage.

Wenn wir das Verbindende mehr in den Mittelpunkt

stellen als das Trennende, dann kann uns die Bearbeitung dieser Fragen in der Sache voran bringen. In diesem Sinne stelle ich im Folgenden meine Position zu diesen Fragen dar.

1. Zur AfD-Frage: Klare Kante gegen rechts, ohne dem liberalen Fahnenappell zu folgen

Unter keinen Umständen dürfen wir die Gefährlichkeit der rechten Hetzer bagatellisieren. Hier gilt es klare Kante zu zeigen. Zugleich sollten wir jedem wohlfeilen Appell widerstehen, wonach wir alle uns im Namen des Liberalismus gegen die Rechte zu vereinen haben. Nein, so einfach darf sich die LINKE nicht in die liberale Konsensdemokratie eingliedern lassen. Vielmehr sollten wir jene stellen, die die grenzenlose Freiheit der Ausbeutung und ungezügelter Reichtumsvermehrung befördern.

2. Zur Flüchtlingsfrage: Konkretisieren ja, Korrigieren nein

Diese Frage möchte ich sowohl normativ als auch wahltaktisch bearbeiten. Normativ gilt: Alle Menschen haben Rechte, unabhängig von ihrer Herkunft. Schon deshalb sollte eine LINKE immer deutlich machen, die Grenze verläuft nicht zwischen Nationen sondern zwischen Klassen – beziehungsweise zwischen oben und unten.

Zum gesellschaftlichen Kräfteverhältnis: Die LINKE ist im Parteienspektrum die letzte verbliebene Bastion der Flüchtlingsolidarität. Wenn wir hier unsere Position korrigieren, wird dies nachhaltig die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Flüchtlingsolidarität verschieben.

Zum Wahltaktischen: Sobald als zentrale Konfliktdimension »Deutsche versus Nicht-Deutsche« aufge-

rufen ist, verlieren wir bei den Unentschiedenen. Fürs Gewinnen der Unentschiedenen gilt es vielmehr die sozialen Konfliktdimensionen zu stärken: Als Mieter gegen Miet-Haie, als Beschäftigte gegen Befristungen oder als Erwerbslose gemeinsam gegen Hartz-IV-Sanktionen. Eine Korrektur unserer Flüchtlingspolitik würde nur weiter die Konfliktlinie »Deutsche versus Nicht-Deutsche« stärken und uns wahltaktisch nicht helfen.

Sicherlich, im Einzelnen, zum Beispiel bei der Frage, wie wir die Vision Bewegungsfreiheit für alle angesichts des globalen kapitalistischen Ausbeutungsgefälle umsetzen können, können wir in demokratischen Prozessen Positionen konkretisieren.

Wir müssen uns auch deshalb nicht korrigieren, weil wir als einzige von Anfang an die Flüchtlingssolidarität eng verbunden haben mit dem Bekämpfen von Fluchtursachen und dem Einsatz für eine soziale Offensive für alle. Wir haben als einzige von Anfang an deutlich gemacht, dass die Herausforderungen der Flüchtlingssolidarität von den Superreichen zu finanzieren und nicht von den Armen wegzutragen sind.

Ja, in der Flüchtlingsfrage gilt es, sich dem aktuellen, rechten Zeitgeist entgegenzustemmen. Zu Hochzeiten des Neoliberalismus taten wir das auch. Das war nicht immer einfach. Letztlich hat unsere Standhaftigkeit dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus in die Krise kam. Damals waren fast alle für Privatisierungen, heute hat es diese Position deutlich schwerer. Also lassen wir uns vom heutigen Zeitgeist nicht einschüchtern.

3. Zum Charakter der Partei: Für eine demokratische LINKE

Oskar Lafontaine hat nun die Idee einer neuen »Sammlungsbewegung« nach dem französischen Vorbild von Jean-Luc Mélenchon in die Debatte gebracht. Ich meine, dass eine linke Sammlungsbewegung in Deutschland bereits besteht: die LINKE. Nicht zuletzt bei der Zukunftswoche ging es vor zwei Jahren und wird es im September 2018 auch darum gehen, was wir von Podemos und der Momentums-Bewegung um Corbyn lernen können.

Doch sprechen wir darüber, was das Modell Mélenchon bedeutet. Es ist eine auf eine Person zugeschnittene Wahlformation. Solche Formationen haben gerade Konjunktur: Denken wir nur an Macron in Frankreich oder an die LISTE Kurz in Österreich. Die Kehrseite von Mélenchons Erfolg ist, dass diese

Bewegung von seiner Positionsfindung abhängig ist. Wer eine andere Meinung hat, für den gibt es kaum Möglichkeiten für Widerspruch oder dafür, eine andere Meinung mehrheitsfähig zu machen. Zudem droht der politische Ansatz von Mélenchon die Menschen nicht zu ermächtigen, sondern er spricht lediglich in ihrem Namen.

Gerade linke, emanzipatorische Parteien sollten als aktive Mitgliederparteien organisiert sein, in denen in demokratischen Verfahren um gemeinsame Positionen gerungen wird.

4. Zur Milieufrage: Gemeinsame Interessen betonen Die Politik der Herrschenden basiert darauf, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre gegen Kernbelegschaft, Erwerbslose gegen illegalisierte Migrantinnen und Migranten usw. Aufgabe einer linken Kraft ist es, diesem Mechanismus entgegen zu wirken und vielmehr die gemeinsamen ökonomischen Interessen zu betonen.

Unsere Wahlstrategie sah vor, dass wir die verschiedenen Milieus ansprechen. Dementsprechend war auch unsere Praxis im Wahlkampf. Für mich hieß das z.B. früh vors JobCenter, abends vors Kino und tagsüber zu Gewerkschaftsaktionen oder in die Wohnviertel, wo ich bei Haustürbesuchen auch in Hausflure kam, in denen einen die Perspektivlosigkeit anspringt. Nun wird der Partei vorgeworfen, sie habe allein die Hipster angesprochen. Unsere Strategie wie Praxis widerlegen dies.

Es wäre kurzsichtig, Milieus gegeneinander zu rechnen[2]. Wir haben als einzige Partei die Chance, das zusammenzubringen, was diese Gesellschaft spaltet[3]. Den weltoffenen Milieus müssen wir sagen: Eure Weltoffenheit ist nur dann eine Freiheit, wenn sie sozial gerecht für alle ist. All jenen, die sich von der Politik nur noch betrogen fühlen, müssen wir sagen: Wir werden eure Lage nur verbessern, wenn wir uns mit den Superreichen anlegen. Das Treten nach unten, gegen Flüchtlinge, lenkt davon ab. Es wird keine soziale Gerechtigkeit ohne das Recht auf Verschiedenheit geben.

Wenn wir das zusammenbringen, was diese Gesellschaft auseinandertreibt, haben wir das Potential über uns hinaus zu wachsen. Wagen wir es. Für eine LINKE auf der Höhe der Zeit, die sich nicht vom Zeitgeist treiben lässt, sondern vielmehr diesen nach links verschiebt.

12 Jahre nach dem Tod Oury Jallohs

Oury Jalloh starb am 7. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeigewahrsamszelle. Er war an Händen und Füßen gefesselt und wurde durchsucht, bevor er in die Zelle kam, in der er, auf einer feuerfesten Matratze liegend, verbrannte. Der Feueralarm wurde mehrfach ignoriert - dies ist das einzige bisher geahndete Verbrechen. Der damalige Dienstgruppenleiter der Polizei wurde 2012 zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Geschichte Oury Jallohs und die Geschichte der auch nach über 12 Jahren nicht existenten behördlichen Aufklärung der Vorgänge an jenem Januartag machen immer wieder fassungslos.

12 Jahre lang war die These der Staatsanwälte: Oury Jalloh hat sich selbst angezündet. Zweifel, augenscheinlich gelogene Zeugenaussagen und dem widersprechende Befunde von Brandgutachtern und Medizinern wurden in den behördlichen Darstellungen ignoriert.

Wie soll sich ein Gefesselter ohne Feuerzeug auf einer feuerfesten Matratze anzünden können? Und warum? Warum war sein Nasenbein gebrochen? Warum kam das erst bei einer zweiten, von der Familie und der Initiative Oury Jalloh in Auftrag gegebenen Obduktion heraus? Warum finden sich am Feuerzeug keine Spuren Oury Jallohs, dafür aber andere? Warum ist das Feuerzeug nicht in der Zelle gefunden worden? Warum bricht das LKA-Tatortvideo ab, kurz bevor der Tatort erreicht wird? Und warum wird eigentlich erst 12 Jahre nach Oury Jallohs Tod seitens der Justiz der Frage nachgegangen, wie das Feuer entstanden sein könnte? Das sind nur einige der zentralen Fragen, die die Justiz bis heute nicht geklärt hat.

Nach den jüngsten Entwicklungen wissen wir: zumindest die Staatsanwaltschaft Halle will sie auch nicht

klären. Denn diese stellte das Verfahren im Oktober 2017 ein, weil es keinen Anfangsverdacht für eine Straftat gäbe und „weitere Aufklärung nicht zu erwarten“ sei. Das wäre der Wissensstand der Öffentlichkeit, wennes die Initiative Oury Jalloh, die Anwält*innen der Nebenklage und investigativ arbeitende Journalist*innen nicht gäbe. Nicht mal eine Woche nachdem im Rechtsausschuss des Landtages erklärt wurde, es gäbe nichts mehr zu ermitteln, wurde öffentlich, dass der Dessauer Staatsanwalt, der das neue Todesermittlungsverfahren eingeleitet hatte, zu einem gänzlich anderen Schluss kam: Die Dessauer Staatsanwaltschaft wollte nach Auswertung eines Brandversuches und zahlreicher gutachterlicher Stellungnahmen sehr wohl weiter ermitteln: Sie wollte ein Verfahren wegen des Verdachtes auf Mord gegen mehrere Polizeibeamte führen. Kurze Zeit später war sie nicht mehr Herrin des Verfahrens.

Auch 12 Jahre nach dem Tod Oury Jallohs scheint es keine Aufklärungsbereitschaft in der Justiz und keinen Aufklärungswillen aus der Politik zu geben.

Wir wollen über die Geschichte des Falls Oury Jalloh informieren, zurückblicken und nach vorn schauen. Wir wollen alte und neue Fragen zur Sprache bringen und gemeinsam eine Geschichte veränderter Aufklärung in den Blick nehmen, die viel mehr ist, als ein Justizskandal. Sie ist auch ein gesellschaftlicher Skandal.

Referenten: Henriette Quade (innenpolitische Sprecherin LINKE im LTL SA), Matthias Gärtner (MdL 1994-2006) und Marco Steckel (Opferberatung Dessau)



DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesvorstand
Beschluss-Nr.: 04-LV02

**Verfahren zu dem vom Landesparteitag an den Landesvorstand überwiesenen
Antrag des Jugendverbandes „Es braucht linke Einwanderungspolitik“**

(Beschluss des Landesvorstandes am 13. Juni 2017)

1.

Der Landesvorstand setzt sich das Ziel, die vom Jugendverband in seinem Antrag "Es braucht linke Einwanderungspolitik" aufgeworfenen Fragestellungen zum Thema Migrationspolitik breit mit den Mitgliedern und Anhänger/-innen zu diskutieren. Der Diskussionsprozess dient

- * der politischen Selbstverständigung der Mitglieder,
- * der Stärkung der Argumentation in der Gesellschaft (mit Anhänger/-innen, Wähler/-innen, aber auch Kritiker/-innen sowie gegenüber politischen Institutionen),
- * der Einspeisung der Meinungsbildung in andere Landesverbände der Partei und der Bundespartei sowie
- * der Konkretisierung der Meinungsbildung der Mitglieder in eine Beschlussfassung zum Thema Einwanderung.

2.

Der Landesvorstand fordert die Gliederungen (Kreisvorstände, ggf. Ortsverbände) auf, bis März 2018 Veranstaltungen vor Ort zum Thema "Welche Migrationspolitik will DIE LINKE?" zu organisieren.

Zur Veranstaltung wird ein/e Vertreter/-in des Landesvorstandes die Debattenlage einführen und die gemeinsamen als auch strittigen Positionen der LINKEN vorstellen. Ein/e Vertreter/-in des Jugendverbandes der Partei erhält ebenfalls Gelegenheit, die Intention des Antrages darzustellen. Optional können weitere Vertreter/-innen von Initiativen oder Institutionen eingeladen werden.

Die AG Asyl & Migration wird gebeten, dazu einen Pool von kompetenten Ansprechpartner/-innen zur Verfügung zu stellen.

Folgend soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass die Teilnehmer/-innen die Positionen hierzu umfassend miteinander diskutieren.

Die Bundestagsabgeordneten werden um analytisch-parlamentarische Begleitung gebeten.

3.

Der Landesvorstand wird im Newsletter und in einer Rundmail an die Gliederungen auf den Antrag des Jugendverbandes verweisen und diese auffordern, sich ggf. schriftlich mit eigenen Beiträgen zum Thema Einwanderung/Migrationspolitik zu Wort zu melden. Die Sammlung der Beiträge erfolgt über die Landesgeschäftsstelle; geeignete Beiträge aus der Mitgliedschaft sind ebenfalls mitgliederöffentlich zugänglich zu machen.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Dezember Geburtstag haben.**



Die BORiebeckplatz-Hofjäger gratuliert
Gen. Siegfried Göckeritz zum
70. Parteijubiläum
und wünscht Gesundheit und Wohlergehen !

Vorschau :
Neujahrstreffen der BORiebeckplatz-Hofjäger
am 10. Januar 2018 ab 14:30 Uhr im LiLa
Rückblick 2017 / Ausblick 2018

4.

Der Landesvorstand beauftragt die AG Asyl & Migration (nächstes Treffen: 21.08.2017, 17 Uhr, Magdeburg), die Diskussion im Landesverband aktiv zu begleiten. Er bittet die AG zu prüfen, sich mit der bestehenden BAG Migration, Integration und Antirassismus (MIA), Vertreter/-innen des Jugendverbandes sowie mit bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften anderer Landesverbände zum Thema Migration zu vernetzen. Er bittet die AG, sich auf der Basis des überwiesenen Antrages des Jugendverbandes sowie Reaktionen von Mitgliedern aus dem Landesverband einen Antrag zur Beschlussfassung durch den Landesparteitag vorzubereiten.

5.

Der Landesvorstand wird unter Berücksichtigung des überwiesenen Antrags des Jugendverbandes und der Ergebnisse zu 1. - 4. auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag einen Antrag zum Thema Einwanderung/Migrationspolitik zur Beschlussfassung vorlegen.

6.

Verantwortlich für die Umsetzung dieses Antrags sind im Landesvorstand:
Jörg Schindler, Michael Waßmann

Auf der letzten Kreisvorsitzendenkonferenz verständigten sich die Genossinnen und Genossen darauf, zur Umsetzung dieses Beschlusses, die Diskussion in die Kreise zu tragen. Wir werden uns mit dem Antrag am 07. Februar 2018, ab 17.00 Uhr im Linken Laden nochmals intensiv befassen. Bereits im Vorfeld der 2. Tagung des 6. Landesparteitages hatte der Stadtvorstand die Unterstützung dieses Antrages beschlossen.

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/6-parteitag-2-tagung/dokumente/antraege/esbraucht-linke-einwanderungspolitik/>

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spenderbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
08.12.2017
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 11.01.2018

Aus der Stadtratssitzung am 22. November 2017

Diesmal war die Stadtratssitzung relativ ruhig und schnell. Strittige Themen gab es nicht.

In der Bürgerfragestunde wurde von Mitgliedern des Frauenpolitischen Runden Tisches kritisiert, dass das Wandbild am Christan-Wolff-Gymnasium sexistisch und diskriminierend sei. Das Wandbild ist nach einem Workshop mit Schülern des Gymnasiums entstanden. Viktor Sobek ist der Künstler des Gemäldes. Die Stadtverwaltung sagte eine Prüfung zu.

Auch das Thema „Schule des 2. Bildungsweges“ in Halle-Neustadt wurde in der Einwohnerfragestunde thematisiert. Zum Thema dazu aber später.

Zu Beginn der eigentlichen Stadtratssitzung werden 2 neue Stadträte verpflichtet. Marcel Kieslich hatte sein Mandat niedergelegt. Neuer Stadtrat ist nun Dirk Gernhardt. Herzlich willkommen, Dirk!

Im Bericht des Oberbürgermeisters informierte der OB kurz zur Finanzierung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH (TOO). Sehr deutlich positionierte er sich zum „rechtsextremen Zentrum“ in der Adam-Kuckhoff-Straße. „Dieses Zentrum sei nicht erwünscht“ – so der Oberbürgermeister. Vielmehr unterstütze die Stadt die Anwohner bei ihrem friedlichen Protest. Der OB hob in seinem Bericht die Belegung der Leipziger Straße hervor und zählte die Neueröffnungen der Geschäfte auf.

Ohne Diskussion werden die neuen Straßenreinigungsgebühren beschlossen. Zur Vorlage „Glauchaer Platz“ gab es eine kurze Diskussion. Der Hintergrund: Der Glauchaer Platz soll eine Rechtabbiegespur von der Glauchaer Straße zum Franckepplatz bekommen, die etwa 180.000 Euro kosten wird.

Die Gelder kommen aus den Mitteln für den öffentlichen Nahverkehr. Mehrere Fraktionen kritisierten diese Finanzierung. Auch Bodo Meerheim kritisierte sehr deutlich: „Es wird Geld für eine Abbiegespur verschwendet, die nicht nötig ist“. Ich kann nicht nachvollziehen, dass ÖPNV-Fördermittel verwendet werden“. Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

Einige Vorlagen, die überplanmäßige Aufwendungen im Finanzhaushalt beinhalten, wurden ebenfalls beschlossen. Darunter sind u.a. Mehrausgaben für pflichtige Ausgaben im Bereich Kosten der Unterkunft und

für Hilfe zur Erziehung.

Ebenfalls ohne Diskussionen sind mehrere Bebauungspläne verabschiedet worden. So wurde u. a. dem Bebauungsplan zum Klinikum Kröllwitz und auch dem Plan zum Bau eines kleinen Bürgerzentrums mit Park und Sportflächen an der Landsberger Straße zugestimmt.

Beschlossen wurde auch die vierte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Jahre 2014/15 – 2018/19. Im ersten Teil gab es eine breite Zustimmung, den Schuleinzugsbereich für die Auenschule zu erweitern. Ablehnung im Stadtrat gab es allerdings zu den Plänen der Stadt, die Schule des zweiten Bildungsweges in Halle-Neustadt dem Thomas-Münzer-Gymnasium zuzuordnen. Mit der Ablehnung im Stadtrat bleibt die Schule des zweiten Bildungsweges selbständig.

Dem Antrag der Fraktion „MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM“ zur Einführung eines Jugendparlaments können wir inhaltlich Einiges abgewinnen. Aber wie soll es wirken, welche Rechte wird es haben? Es gibt noch eine Menge zu klären. Deshalb wurde der Antrag in den Jugendhilfeausschuss sowie in eine Reihe anderer Ausschüsse verwiesen.

Mit vielen Fragen „aktiv“ wurde Alexander Raue von AfD. Er provozierte die Mitglieder des Rates und auch den Oberbürgermeister.

Es gab einen Antrag eines fraktionslosen Stadtrates, der für sich und andere Stadträte die Möglichkeit für die Beantragung von Wortprotokollen haben möchte. Derzeit haben aber nur Fraktionen diese Möglichkeit, nicht einzelne Stadträte. Der Antrag wurde zur Klärung des Sachverhaltes in den Hauptausschuss verwiesen. Der Kommentar von Herrn Raue dazu: „Stellen Sie sich vor, wir wären vier farbige Stadträte, dann wäre ein Beschluss schon längst gefallen“. Ich will nicht weiter kommentieren!

Unsere gestellten Anfragen wurden beantwortet. So wurde uns u.a. auf eine Anfrage zur Provenienzforschung geantwortet, dass es in den letzten Jahren von während der NS-Zeit erworbenen Kunst- bzw. Kulturgüter keine Rückgaben gab. Auch auf die Anfrage, ob es Rückgaben von während der Kolonialzeit erworbenen Gegenstände gab, wurde mit „nein“ geantwortet.

Ute Haupt, Stadträtin

Aufklärung ist notwendig

Fraktion DIE LINKE: Aufklärung ist notwendig - Ministerin Keding muss zurücktreten, um den Weg frei zu machen

Zu den aktuellen Medienberichten im Fall Oury Jalloh erklären der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann und die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

„Laut Bericht der MZ hielt es der Leitende Oberstaatsanwalt in Dessau für möglich, dass Oury Jalloh angezündet wurde, um weitere Todesfälle in Polizeigewahrsam in Dessau zu vertuschen.

Die These selbst ist nicht neu. Fast 13 Jahre lang mussten sich diejenigen, die Sie ausgesprochen haben und die sagten ‚Oury Jalloh-das war Mord!‘ als Verschwörungstheoretiker, Spinner, Nestbeschmutzer und Unruhestifter gegen Staat und Gesellschaft beschimpfen und kriminalisieren lassen.

13 Jahre lang versuchte die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh Ermittlungen, die auch diesen Thesen nachgehen, anzuschieben und scheiterte damit. Kritik an der bisher geleisteten Aufklärungsarbeit wurde noch in der letzten Landtagssitzung als unzulässiges Misstrauensvotum gegen Polizei und Justiz und Missachtung der Gewaltenteilung dargestellt.

Neu ist, dass ein Staatsanwalt diese These aufgrund aktueller Erkenntnisse für möglich hält. Die aktuelle Berichterstattung zeigt: Aufklärung ist notwendig!

Der Fall Oury Jalloh muss auf mehreren Ebenen untersucht werden: Juristische Aufklärung ist genauso notwendig, wie politische. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, warum so wenige Menschen und noch weniger verantwortliche Stellen dem Tode eines Menschen in Polizeigewahrsam ergebnisoffen nachgehen wollten und welche Rolle institutioneller Rassismus dabei spielt.

Konkret muss der Frage nachgegangen werden, welche Konsequenzen sich für den polizeilichen Alltag ergeben. 2014 hat der Landtag es abgelehnt, die Praxis polizeilicher Ingewahrsamnahme auf den Prüfstand zu stellen. Genau das muss aber geschehen. Dazu gehört zwingend auch eine erneute Untersuchung des Todes von Mario Bichtemann und des

Todes von Hans-Jürgen Rose.

Dazu braucht es eine unabhängige und umfassende Untersuchung aller im Zusammenhang mit dem Tod Oury Jallohs stehenden Fragen durch eine unabhängige internationale Expertenkommission und endlich juristische Aufklärung. Dass diese außerhalb Sachsen-Anhalts erfolgen muss, liegt auf der Hand. Umso absurder ist die Weigerung des Generalbundesanwaltes, den Fall zu übernehmen.

Zudem ist das aktuelle Informationsverhalten des Justizministeriums mehr als erklärungsbedürftig und muss ebenfalls untersucht werden. Denn nach wie vor gilt: Ohne investigativen Journalismus, die Nebenklage und die Arbeit der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wüssten weder Abgeordnete, noch Öffentlichkeit von diesen staatsanwaltschaftlichen Einschätzungen. Sie wurden zum Teil sogar gegenteilig, also falsch, informiert. Dieser Verantwortung für Aufarbeitung muss sich Politik in Sachsen-Anhalt stellen.

Auch das wird Aufgabe eines mittlerweile dringend notwendigen Untersuchungsausschusses sein müssen, genauso wie die Frage, warum die ermittelnde Instanz der Justiz erst nach 12 Jahren bereit war, diesen Möglichkeiten nachzugehen.

Dass dem Rechtsausschuss verschwiegen wurde, dass die Staatsanwaltschaft Dessau diese Möglichkeit sah, ist ein Skandal, und reiht sich ein in die in wesentlichen Punkten offenbar nicht den Tatsachen entsprechende Darstellung der Ergebnisse der Gutachter und der Konsequenzen, die sich aus Sicht der Staatsanwaltschaft Dessau ergaben.

Justizministerin Keding trägt dafür die Verantwortung und muss die Konsequenzen ziehen. Bereits jetzt ist durch diese Politik der Nichtinformation und Falschinformation ein erheblicher Vertrauensverlust in die Justiz entstanden. Ministerin Keding muss zurücktreten, auch um weiteren Schaden vom Amt abzuwenden.“

Post von Lene

Hallo, liebe Mitlinke, bald ist Weihnachten, heute schneit es sogar- hoffentlich hält der Schnee sich eine Weile. Es sieht schön aus, wenn alles draußen weiß ist und die Schneeflocken fallen, find ich. Aus dem Keller haben wir die Weihnachtspyramide geholt und die erste Kerze angezündet, denn heute ist ja der erste Advent. Alle sollen sich jetzt auf das Weihnachtsfest freuen, weil wir dann einen Lichterbaum schmücken und uns gegenseitig etwas schenken können. Ich werde für Oma und Opa und für meine Eltern einen schönen Weihnachtsstern basteln. Ich freue mich schon auf das Plätzchenbacken, da werde ich feste mitmachen. Ich kann schon Teig ausrollen und Plätzchen mit Förmchen kleine Sterne, Monde, Männchen, Bäume und so. ausstechen Ich darf dann auch welche mit in die Grundschule neben unserem Gymnasium für die Mikrantenkinder mitnehmen. Nun könnte ja alles fröhlich und in Butter sein, wenn ich nicht etwas Schlimmes erfahren hätte. Mama und Papa waren gestern in Halle auf einer Demo, zu der sie mich nicht mitgenommen haben, weil es ihnen zu riskant (?) war. Warum, habe ich erst später erfahren. Sie haben mir erzählt, um was es bei dieser Demo ging. Ich war fix und alle und konnte gar nicht glauben, dass so was bei uns überhaupt möglich ist. Vor zwölf Jahren, also 2005 !!!, war das in Dessau passiert: Ein Asylbewerber aus Afrika war angetrunken, als er in Streit mit Polizisten kam, Sie haben ihn mitgenommen und in eine Kellerzelle im Polizeigebäude gesteckt und dort an Händen und Füßen angekettet und auf eine Art Matratze gelegt. Dort soll er sich selbst mit einem Feuerzeug angezündet haben und verbrannt sein, ehe die Polizisten den Brandalarm bemerkt hatten. Aber werden Gefangene nicht genau durchsucht, bevor man sie in eine Zelle sperrt? Wieso hat man denn da das Feuerzeug nicht gefunden? Das da etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann, kapiere sogar ich, und ich werde erst 13! Den Polizisten wurde alles geglaubt. Sie mussten nur eine Geldstrafe bezahlen wegen Fahrlässigkeit. Die Familie und seine Freunde ließen aber nicht locker und sammelten Geld für eine neue Untersuchung. Dabei soll rausgekommen sein, dass der Afrikaner das Feuer nicht selbst gelegt haben kann. Wer hat das dann gemacht? Dann wäre das ja Mord oder? Da ist irgendwas faul, deshalb auch

die Demo. Ich habe mir vorgestellt, wie schreckliches ist, zu verbrennen. Das macht doch keiner freiwillig!! Das muss doch endlich aufgeklärt werden!!

Deshalb sind meine Eltern auch zur Demo gegangen, und das find ich total richtig! Ich habe euch doch von dem tollen Erfolg der „Volksinitiative“ für mehr Lehrkräfte geschrieben Da habe ich mal wieder etwas bei meinen Großeltern erlauscht. Also: Vor kurzem fand in Halle eine große Veranstaltung mit dem Herrn Minister Tullner statt. Der Saal war rammelvoll von Lehrkräften, Eltern, Großeltern (samt meinen eigenen), und Studenten. Da hat der Tullner aber von allen Seiten Feuer gekriegt, und zwar heftig. Ein Lehrer hat Tullner vor allen Leuten seine Kündigung in die Hand gedrückt und gesagt, dass er ab jetzt lieber in Brandenburg arbeiten will. Eine junge Lehrerin hat den Minister gefragt, warum sie immer noch keine Antwort auf ihre Bewerbung bekommen hat. Da soll Tullner ganz schön rumgerudert haben. Und so ging das den ganzen Abend. Es soll nicht einen einzigen gegeben haben, der auf Tullners Seite gestanden hat. Und das ist richtig so, finde ich. Ich merke es ja auch an unserer Schule- wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer krank ist- Stillbeschäftigung oder Ausfall! Es hat sich nicht viel verändert seit dem Schuljahresbeginn. Nun etwas Positives: für unser Projekt „gewaltfreie Schule“ haben wir auch in unserer Parallelklasse viele gewonnen. Das ist doch schon was, oder? Wir wollen das mal im Schülerrat ansprechen, vielleicht haben wir Erfolg. Tschüss
Eure Lene .



Vorschau 2018

**Senioren-Cafe' am 31.01. 2018
ab 14:30 Uhr,
im Linken Laden, Leitergasse 4:
" Kann ein Notruf Leben retten? "
Die MALTESER stellen sich vor**

„Flamme der Revolution“

Am 7. November 2017 traf sich eine kleine Gruppe zu einem etwas anderen Stadtrundgang. Anliegen waren zwei miteinander verbundene geschichtliche Ereignisse, denn vor 50 Jahren wurde das Fahnenmonument als „Flamme der Revolution“ aufgestellt.

Anlass war damals der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Um an den historischen Ablauf und mit dem im Zusammenhang stehenden Orientierungspunkt in unserer Stadt zu erinnern, wollten wir ohne markige Gedenkreden eine Rückschau halten. Insofern gingen wir auf Spurensuche, wie hat sich das Stadtbild in den Jahren bis 1990 verändert. Unter anderem konnten wir auf die Entstehung der Fußgängerzone um 1975/1976 den Boulevard verweisen. Dies war damals ein Erfolgsmodell und wurde zum Vorbild für Stadtplaner in der DDR. Weiter ging es auf dem Innenstadtring zum Neubaugebiet Moritzzwinger, Baubeginn im Februar 1984. Dort entdeckten wir in dem öffentlichen Innenhof den barrierefreien Zugang der Erdgeschosswohnungen für Rollstuhlfahrer.

Abschließend sei noch zu bemerken, dass sich die Architekten und Künstler für die Erhaltung des Fahnenmonuments einsetzten, denn es galt zu seiner Zeit als architektonischer Versuch, runde und geschwungene Körper aus Stahlbeton zu fertigen. Es wurde vom Architekten Siegbert Fliegel entworfen und aus 7 Teilen zusammen gesetzt. Es ist ein Beispiel, das die Wendezeit überlebte, was man von einigen anderen DDR-Denkmalen nicht sagen kann.

Am Hallmarkt angekommen, ließen wir diesen Rundgang bei einer Tasse Kaffee ausklingen.

Hajo Gunkel



Als Karl Marx im "Kommunistischen Manifest" beschrieb, wie das Kapital nach den besten Verwertungsbedingungen über den Erdball jagt, konnte er nicht ahnen, welche Ausmaße die wirtschaftliche Entwicklung nehmen wird, wie sich der Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat entwickelt.

zum Thema:

"Kritische Reflexionen zur politischen Ideengeschichte und zum Neoliberalismus in einer globalisierten Welt"

spricht Gen. Prof. Dr. Jürgen Kranz, am 12. Dezember 2017, 16:30 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt,

Am Stadion 6

eine Veranstaltung vom Rotfuchs Förderverein e.v., Regionalgruppe Halle

In Berlin und (H)alle dabei – Ein Gedicht zum Jahresende

Das Jahr begann mit 'nem Parteitag
und philharmon'schen Klängen
von „Petra goes to Bundestag!“
bis Anti-Trump-Gesängen.

Frank-Walter zog ins neue Heim,
der Sigmar kam und sagte: „Nein,
der Martin soll's nun richten!“
Preist ihn in Lobgedichten!

Halleluja, schallt es laut,
schon sieht die SPD – So glaubt! –
den Martin laufen über's Meer.
Britannien will nicht mehr.

Die Ehe ist jetzt für alle da
schallt's sommerlich hinaus.
Hat lang gedauert, viele Jahr',
im hoh'n Berliner Haus.

Abschied nahm das ganze Land
von Helmut Kohl, allen bekannt
als jenen großen Einheits-Mann,
der Wenden gut begleiten kann.

Der nächste Alterspräsident,
so entschied das Parlament,
sei an Erfahrung überreich –
im Bundestag, nicht Dritten Reich.

Und wer Geschichte nicht gut kennt,
hat in der Schule wohl verpennt
oder keine Lehrer mehr.
Das störte Sachsen-Anhalt sehr.

So stand das Volk vor Tullners Tor
und legte eine Sammlung vor,
von vielen tausend Stimmen.
Den Rest muss er jetzt bringen.

Wer Halle kennt, der weiß es auch,
in dieser Stadt ist es so Brauch
mit Eiern Grüße zu verschicken –
an Kanzler und an Nazi-Klicken.

Für Nazis ist kein Platz in Halle,
ihr Häuschen eine Farbfangfalle.
Doch darf es weiter stehen?
Das werden wir noch sehen.

Die Hasi ist ein anderer Fleck
so mancher hätt' ihn gerne weg.
Doch sagen wir entschieden: Nein!
Die Hasi bleibt! So soll es sein!

Die Rechten sind 'ne echte Qual
und nun kommt noch die Bundeswahl.
Die AfD schafft es mit rein.
Die Demokratie muss tapfer sein.

Doch nach der Wahl geht es erst los.
Das Parlament, noch nie so groß,
hat jetzt ein richtiges Problem.
Wer koaliert denn nun mit wem?

Dem Luther wär's wohl schießegal
hat er doch andre Sorg' zumal.
Wird heut' verklärt an allen Enden
mit Lutherjahr und Lutherenten.

Jamaika oder Schwampel,
egal, wie man es nennt,
ein einziges Gehampel
kommt nun zu einem End'.

Die FDP, die mag nicht mehr,
wollt' sich nur wichtig fühlen.
Ihr großes Ego, bitte sehr,
reicht halt nicht zum regieren.

Kommt jetzt die Stund' des Heil'gen Martin,
der seinen Mantel teilt?
Und alle Welt erkennt in ihm ...
... zu albern. Tut mir leid.

Doch was wir wirklich wissen,
so kann's nicht weiter gehen.
Die Lage ist beschissen.
Wir werden weiter sehen.

Das Jahr neigt sich dem Ende.
Mein Dank geht voller Stolz
an alle fleiß'gen Hände
für unsern Wahlerfolg.

Ein langes Jahr, wohl war,
ist hinter uns gebracht.
Kommt gut ins neue Jahr
und eine schöne Weihnacht!